

schaftlichen Verluste, wobei das Bruttonsozialprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen auf etwa die Hälfte des Vorkriegszustandes sanken (S. 451, 454).

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, daß bei den Befragungen der Führungspersönlichkeiten (S. 462-553) nahezu alle Politiker - anders natürlich die an einem Weiterbestehen der Spannungen zwecks eigenen Machterhalts interessierten Milizführer - und bei den wiederholten Fragebogenaktionen bei einer "Quotenstichprobe der erwerbstätigen Bevölkerung" (S. 559) eine zunehmende Mehrheit quer durch alle Gemeinschaften hindurch (S. 554-684) sich für eine gruppenübergreifende Loyalität zum Libanon und für erneute Koexistenz in einer allerdings zu reformierenden "Konkordanzdemokratie" aussprachen (S. 651-665): Die Mehrheit will Koexistenz, auch im Krieg (S. 684), wie auch eindrucksvolle Friedens- und Einheitsdemonstrationen 1988, 1989 und 1990 bewiesen haben (S. 754).

Die Konfliktparteien nahmen hierauf freilich zunächst nicht die geringste Rücksicht: Nach Ende der Präsidentschaft Amin Gémayels und auch nach der schließlich durch saudische Vermittlung zustande gekommenen Wahl Elias Hraouis 1989 schien der Libanon in besonders blutigen Kämpfen (Rebellion des Generals Aoun: S. 708 ff.) vollends im Chaos zu versinken. Resigniert stellt Hanf fest, die libanesische Nation sei "wahrscheinlich zu spät entstanden, um den Zerfall des Staates aufzuhalten" (S. 761). In seinem letzten Satz (S. 764) äußert er dennoch die verwegene Hoffnung: "Sollte der Libanon wieder in den Windschatten regionaler und internationaler Konflikte geraten, dann könnte die Entstehung einer Nation, Epilog eines langen Krieges, zum Prolog der Wiederherstellung eines Staates werden." Genau in diese Richtung aber ist die Entwicklung seither gegangen: General Aoun ging ins Exil, die Milizen wurden weitgehend entwaffnet, die libanesische Staatsautorität konnte in großen Teilen des Landes wiederhergestellt werden. Vorsichtiger Optimismus ist also angesagt: ein zusätzlicher Grund, dieses faszinierende Buch zu lesen.

Karl Leuteritz

Friedrich Welsch / Nikolaus Werz

Venezuela: Wahlen und Politik zum Ausgang der 80er Jahre

Arnold Bergstraesser-Institut; Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, 1990, 130 S.

Spätestens mit dem militärischen Putschversuch vom Februar 1992 endete das jahrzehntelange Klischee von Venezuela als einer Insel der Stabilität im Meer südamerikanischer Wirtschafts- und Sozialmalaisen.

Zwar hat sich seit dem Ende der Jíminez-Diktatur (1952 - 1958) das präsidialdemokratische Regierungssystem im stetigen Wechsel zwischen der eher sozialdemokratisch orientierten "Acción Democrática" (AD) und der christdemokratischen COPEI (Comité de Organiza-

ción Política Electoral Independiente) in sieben freien Wahlgängen bemerkenswert konsolidiert. Doch schon im "Caracazo", dem spontanen Hungeraufstand vom Februar 1989, dessen die regierende AD unter Präsident Carlos Andrés Pérez nur mittels Ausnahmezustandes und blutigen Durchgreifens Herr werden konnte, hatte sich offenbart, wie schmerhaft der marktwirtschaftlich unausweichliche Abschied vom bisher mit opulenten staatlichen Erdölleinnahmen bequem finanzierten Populismus verlaufen würde.

Die damaligen Ereignisse nimmt die vorliegende Studie zum Anlaß, die politische Situation Venezuelas aus dem Windschatten des sonst eher von den Entwicklungen im Cono Sur oder in Zentralamerika beanspruchten allgemeinen Interesses zu rücken. Zentrales Thema sind die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen vom 4. Dezember 1988 sowie die Kommunalwahlen ein Jahr später.

Auf gedrängtem Raum, trotzdem großzügig bestückt mit 55 Tabellen (Bevölkerungs-, Wahl- und Parteienstatistiken, Meinungsumfragen), dazu illustriert mit Faksimile-Wiedergaben von Wahlplakaten, Karikaturen, Aufrufen - venezolanische Wahlkämpfe sollen zu den teuersten der Welt gehören -, vermittelt der Band einen guten Einblick in die Parteidemokratie Venezuelas. Dies allerdings eher beschreibend als analysierend. Der Leser erfährt eine beachtliche Fülle wissenswerter Einzelheiten, etwa zur Parteiengeschichte, zur Selbsteinschätzung der Wähler - nur zu 20 % "Mitte-links" bis "extrém links" - und zum Reformauftrag der COPRE (Comisión Presidencial Para la Reforma del Estado). Fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten identifizieren sich - als Mitglied oder Sympathisant - mit einer politischen Partei. Davon können deutsche Parteistrategen nur träumen, zumal wenn es sich, wie in Venezuela, herkömmlichermaßen immer um dieselbe Partei handelt. Auf einem anderen Blatt steht freilich, ob dieser hohe Identifizierungsgrad wirklich Indiz für lebhafte Bürgerpartizipation ist. Gerade dies wird in Venezuela allgemein bestritten. Eher die Kehrseite dominiert: parteipolitische Durchdringung von allem und jedem, an erster Stelle des Staatsdienstes, den Ämterpatrone und Filz wie Mehltau überziehen. Was Wunder, daß von daher die Feststellung, das venezolanische System zeichne sich aus durch "... hohe Flexibilität und Fähigkeit zur Integration oppositioneller Kräfte ..." (S. 17) euphemistischer Züge nicht entbehrt. Wie lange mag es finanzierbar sein, den politischen Kontrahenten zu "kooptieren"? Zwar dürfte - darin ist den Autoren gewiß zuzustimmen - diese Art von politischem Pragmatismus, bislang offenkundig mit Augenmaß gehandhabt, kontinuitätssichernd gewirkt haben. Die konsequent marktwirtschaftliche Neuorientierung der gegenwärtigen AD-Regierung wird aber dazu nötigen, solidere Legitimationsgrundlagen zu schaffen.

Den Schwerpunkt der Darstellung bilden die Wahlen von 1988. Der stetige Trend zur Stimmenkonzentration wird anschaulich herausgearbeitet: Fast 75 % aller Stimmen kamen dem Gewinner AD und der COPEI zugute, und dies bei sage und schreibe 23 Präsidentschaftskandidaten (1958 waren es noch drei gewesen) und 78 Parteien bzw. Wählervereinigungen.

Weit weniger Raum - ganze vier Seiten einschließlich einer "vergleichenden Analyse" - widmen die Autoren am Schluß den Wahlen vom 3. Dezember 1989. Erstmals konnten die

Venezolaner hier die Gouverneure der 20 Teilstaaten und die Bürgermeister aller 269 Stadt- und Landgemeinden direkt wählen. Nicht nur im Hinblick auf dieses Novum, sondern auch hinsichtlich möglicher Auswirkungen der zwischenzeitlichen Ereignisse vom Februar 1989 hätte man sich mehr Details gewünscht. So mag man aus der rückläufigen Wahlbeteiligung von nur 46 % und dem Umstand, daß AD mit 40 % siegte und in der Wählergunst gegenüber dem Vorjahr "nur" um 3,3 % zurückfiel (Vergleichsdaten COPEI: 32 % (1988) zu 31 % (1989)), eigene Schlüsse ziehen.

Jedenfalls scheinen wie damals auch durch die gegenwärtige Krise die demokratischen Fundamente nicht ernsthaft gefährdet. Nur das Regieren wird in Venezuela schwieriger werden.

Die Lektüre läßt den Leser nachdenklich zurück. Nachdenklich vor allem wegen der sich wieder einmal aufdrängenden Frage nach den Proportionalitäten zwischen Demokratie und Ökonomie. Venezuela ist hierfür nur eines unter vielen Beispielen, die erst in letzter Zeit aktuell geworden sind.

Karl-Andreas Hernekamp